

Das nächste Ziel ist der Landtag

Tommy Schindler soll die Freien Wähler zum Erfolg führen / Verdutzte Blicke bei seiner Vorstellung



Die Kandidaten für die Wahl: Tommy Schindler und die Zweitnominierende Nicole Bächler gehen für die Freien Wähler ins Rennen. Foto: Christiane Krause-Dimmock

Baden-Baden. Die Freien Wähler wollen in den Landtag. So viel scheint festzustehen nach der Nominierungsveranstaltung am vergangenen Wochenende. Doch ganz leicht zur erfassen ist die Situation nicht. Wer kandidiert hier für wen und warum?

Man könne auf kommunaler Ebene zu wenig Einfluss nehmen auf die politische Großwetterlage, erläuterte FBB-Fraktionschef Martin Ernst bei der Begrüßung. Entscheidend sei für ihn die Kommunalwahl vor einem Jahr gewesen, darin sieht er eine riesen Chance für die Bürgerlich-Konservativen, in den Landtag einzuziehen. Dabei setze man auf das Verbindende zwischen FBB und den Freien Wählern, für die Tommy Schindler es nun gemeinsam richten soll. Mit Ersatzkandidatin Nicole Bächler soll er in den Wahlkampf ziehen, von dem man sich Großes verspricht, wie Klaus Wirthwein von der Landesgeschäftsstelle der Freien Wähler in markigen Worten unterstrich. Man sieht sich als Partei der Mitte, die genau dort wohl jetzt noch ein Stück enger zusammengedrückt ist und mit den FBB gemeinsame Sache zu machen gedenkt.

Doch damit sei es noch nicht genug. Als nächstes stehe der Einzug in den Bundestag auf der Agenda, gab er frei nach Helmuth von Moltkes Plan für die Schlacht bei Königgrätz die Parole aus „Getrennt marschieren, gemeinsam kämpfen“.

Wie dem auch sei, Schindler will das in die Hand nehmen, stellte sich mit schwungvollen Worten vor, sagte etwa, dass er nach der Scheidung alleinerziehender Vater war, zwei Töchter habe und 63 Jahre alt ist.

Als Gärtner habe er gearbeitet, war bei der Bundeswehr und wieder im Garten, ehe er zur Polizei wechselte, wo er bis zu seiner Pensionierung bei der Kripo in der Fahndung aktiv war. Verdutzte Blicke wurden angesichts dieses Statements unter einigen Gästen im Lichtentaler Löwensaal getauscht, weil dieser Teil der beruflichen Laufbahn des im Sprengel gut bekannten Kandidaten manchem nicht geläufig war, da dieser schon sehr jung nach einem Unfall frühpensioniert wurde.

Dessen ungeachtet will er sich für die Kameraden einsetzen, erklärte er. „Wer hat das zu verantworten, dass unsere Polizei so niederträchtig behandelt wird?“, betonte er etwa mit Blick auf die Ausschreitungen in der Landeshauptstadt, dass er hier eine seiner Aufgaben sieht, sofern er in den Landtag einziehe. Die Vorgesetzten stünden nicht mehr hinter ihrer Mannschaft.

Darüber hinaus wolle er sich fürs Ehrenamt einsetzen, berichtete er von seinen Aktivitäten, die sich etwa auf den Polizeigesangverein und den Chor der Feuerwehr sowie das Amt des Sitzungspräsidenten der Bürgergemeinde Haimbach erstreckt.

Auch für Tiere wolle er sich einsetzen, habe selbst Hund und Katze.

BNN vom 31.08.20

Der bürgernahe Bayer macht's vor

Freie Wähler setzen auf Vorbild Aiwanger und sollen in baden-württembergischen Landtag einziehen / Widerstand vom Landesverband



Bodenständig im Biergarten: Der Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger schafft es in Bayern, ein Lebensgefühl zu transportieren. Foto: Lino Mirgeler

Baden-Baden. Die Nominierungsversammlung ist offiziell beendet, als Hubert Aiwanger am Samstagabend nochmal selbst Hand anlegt. Das Rednerpult schiebt der bayerische Vize-Ministerpräsident und Wirtschaftsminister tatkräftig zur Seite. Auf der holzvertäfelten Bühne des Löwensaals soll Platz sein für ein Foto mit dem frisch gekürten Kandidaten der Freien Wähler für den Landtagswahlkreis 33, Baden-Baden, Tommy Schindler, und weiteren Mitstreitern.

Aiwanger, 49, dunkler Anzug, gestreifte Krawatte, bayerischer Zungenschlag, ist als Bundesvorsitzender Kopf und Motor der Partei Freie Wähler, und Schindler, 63, ein Kandidat, der bestens ins Konzept des charismatischen Niederbayern passt. Mit seiner Vita verkörpert Schindler das Selbstbild der bodenständigen, bürgernahen „Partei der Mitte“, mit dem sie im März 2021 auch in Baden-Württemberg punkten will: Polizist im Ruhestand, Stadtrat, örtlicher Faschingspräsident. Ziel müsse es sein, auch im Stuttgarter Landtag „mehr gesunden Menschenverstand einfließen zu lassen“, hat Aiwanger vor der Nominierung die 80 Zuhörer im unter den Corona-Bedingungen vollen Saal eingeschworen. Das Ziel: die Freien Wähler auch im Südwesten in eine höhere Liga hieven. „Ich wette, dass es für dieses Land besser wäre, wenn es anstelle von 15 Prozent AfD zehn Prozent Freie Wähler gäbe.“ In Bayern ist Aiwanger ein Riese, seine Freien Wähler hat er 2018 mit 11,6 Prozent als Juniorpartner der CSU in die bayerische Landesregierung geführt. Für seinen bundespolitischen Ehrgeiz aber fehlt ihm bislang eine weitere zentrale Größe: Baden-Württemberg. In keinem anderen Bundesland sind freie Wählervereinigungen bei Gemeinderatswahlen erfolgreicher, 2019 verteidigten sie mit im Schnitt 31 Prozent ihre Position als stärkste kommunale Kraft. Allein: Der Landesverband der Freien Wähler, ein Verein, dem tausende Gemeinde- und Kreisräte formal angehören, will mit der gleichnamigen Partei nichts zu tun haben.

Das Prinzip, rein kommunal zu arbeiten, hat der Landesvorsitzende und Renninger Bürgermeister Wolfgang Faißt gerade erst wieder zum Markenkern erklärt. In der CDU haben sie das mit Wohlgefallen registriert.

Dass die Fronten bröckeln, zeigt indes der Abend in Baden-Baden: Von den 80 Besuchern, die Aiwanger gebannt zuhören, gehören fast alle einer Freien-Wähler-Gruppierung an, stimmberechtigt und damit Mitglied der Freien-Wähler-Partei sind aber nur zehn. „Herr Faißt will uns zu Bonsai-Gewächsen degradieren. Wir haben aber das Potential, dass wir zur großen deutschen Eiche wachsen können“, feuert Martin Ernst, Ratsfraktionschef der Liste Freie Bürger für Baden-Baden, im Löwensaal eine Salve Richtung Renningen ab. Wenn es keine „Heckenschützen“ in den eigenen Reihe gebe, „dann sind wir mit einem zweistelligen Ergebnis dabei“, ruft Aiwanger die Zuhörer auf, den „großen Schatz“ zu heben und die kommunalpolitischen Erfolge auf die Landesebene zu übertragen.

Der Freiburger Politikwissenschaftler Ulrich Eith sieht das kritisch. „Die Partei versucht, auf der Reputation der kommunalpolitischen Vereinigung zu surfen und deren Reputation auf ihre parteipolitischen Mühlen zu lenken“, sagt Eith am Telefon. Im kommunalen Bereich hätten sich die Freien Wähler den Ruf einer pragmatischen Politik erarbeitet. „Aber überregional stellt sich die Frage: Wofür steht diese Partei?“ Nur auf den angeblich gesunden Menschenverstand zu verweisen, sei „ein bisschen wenig“, um den Wählern Orientierung zu geben, findet Eith. Bis jetzt sehe er „keine Anzeichen, dass die Partei in Baden-Württemberg Fuß fassen kann“.

Das sehen Aiwanger und seine Mitstreiter im Südwesten, die im Wahlkampf für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9), Bürokratieabbau, den Ausbau des ÖPNV und die schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber kämpfen wollen, anders. „Ich bin überzeugt, dass wir in Baden-Württemberg ein noch größeres Potenzial als in Bayern haben“, sagt Aiwanger am Nachmittag beim Gespräch in einem Baden-Badener Biergarten. „Die CSU ist im bürgerlichen Lager präsenter als es die Südwest-CDU ist, und der AfD-Chaoshaufen in Baden-Württemberg hat den bürgerlichen Protestwählern gezeigt, dass Stimmen für diese Partei verlorene Stimmen sind.“

Ein strategischer Nachteil im Wahlkampf könnten die Corona-Bedingungen sein. „Als Bürgerpartei sind wir immer nah an den Leuten gewesen, jetzt soll man auf Abstand zu den Bürgern bleiben.“ Andererseits würden sich die Bürger mehr für Politik interessieren, für „bodenständige Alternativen“. Er sei überzeugt, „dass wir den Sprung in den Stuttgarter Landtag schaffen werden“.

Die Bevölkerung, sagt er später im Löwensaal, suche händeringend nach Alternativen. Er erinnert an die Erfolge der Piratenpartei, die 2012 in vier Landtage einzogen, und an die AfD, die 2016 in Baden-Württemberg nach Grünen und CDU das drittbeste Ergebnis erzielte. Doch diese hätten „kein politisches Fundament“ – im Gegensatz zu den Freien Wählern mit ihrem kommunalpolitischen Fundament. *Wir haben in Baden-Württemberg ein noch größeres Potenzial.*

Hubert Aiwanger

Freie-Wähler-Chef

BT vom 31.08.20

BLICK INS LAND

Freie Wähler hoffen auf zweistelliges Ergebnis

Baden-Badener Stadtrat Thomas Schindler für Landtagswahl nominiert / Aiwanger als Gastredner



Thomas Schindler. Fotos: Philipp



Ersatzkandidatin Nicole Bächler.

Baden-Baden (up) – Der Baden-Badener Stadtrat Thomas Schindler (Freie Bürger Baden-Baden) tritt bei der Landtagswahl am 14. März 2021 als Spitzenkandidat für die Freien Wähler an. Bei der Nominierungsversammlung der Partei, am Samstagabend im Goldenen Löwen, stimmten acht der neun anwesenden Parteimitglieder bei einer Enthaltung für Schindler.

Zur Ersatzkandidatin wurde Nicole Bächler gewählt, die im Stadtteil Haueneberstein Mitglied des Ortschaftsrates ist. Bächler erhielt sieben von acht abgegebenen Stimmen, ein Wahlzettel war ungültig. Mit der Kandidatur Schindlers schicken sich die Freien Wähler im Wahlkreis 33 erstmals in ihrer Geschichte an, den Versuch zu unternehmen, in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen. Bisher haben sie sich mit ihren politischen Aktivitäten auf die Lokalpolitik beschränkt. „Mich beschäftigt vor allem das Thema Innere Sicherheit“ erklärte Schindler in seiner zehnminütigen Bewerbungsrede. „Wer hat das zu verantworten, dass die Polizei so niederträchtig behandelt wird?“, fragte der 63-jährige mit Blick auf die Ausschreitungen in Stuttgart vor einigen Wochen, als zahlreiche feiernde Jugendliche Polizeibeamte angriffen, die dann erst mit Hundertschaften aus benachbarten Städten die öffentliche Ordnung wiederherstellen konnten. „Das kann so nicht weitergehen“, stellte Schindler unter dem lautstarken Beifall der etwa 80 interessierten Bürger fest, die in den Löwensaal gekommen waren. „Die Beamten brauchen den Rückhalt ihrer Vorgesetzten“ forderte er. Außerdem trete er an, um sich für eine Stärkung des Ehrenamtes einzusetzen. Unterstützt wurde Schindler von dem bayrischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der als Wahlkämpfer derzeit in Baden-Württemberg unterwegs ist, wo im nächsten Jahr in allen 70 Wahlkreisen, Kandidaten der Freien Wähler zur Landtagswahl antreten wollen. „Als wir vor zwölf Jahren in den Bayrischen Landtag eingezogen sind, habe ich schnell festgestellt, dass wir unseren Kontrahenten oft überlegen sind, weil die vor allem ideologisch geschult sind und nicht pragmatisch an die Probleme gehen“ erklärte der Wirtschaftsminister mit Blick vor allem auf AfD und Grüne. „Ich rechne mit einem zweistelligen Ergebnis“ verbreitete Aiwanger Aufbruchstimmung an der Oos und prognostizierte, die AfD könne im nächsten Jahr zum Wahlverlierer werden.

Es müsse wieder mehr gesunder Menschenverstand in das Parlament einziehen, den die Freien Wähler mitbrächten. Die könnten durch ihre Netzwerke Probleme oft schon lösen, bevor diese in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerieten, auch weil die Verantwortlichen der Partei lieber an die Arbeit gingen anstatt in Talkshows. Die Freien Wähler seien nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, um kommunale Probleme lösen zu helfen, jetzt sei aber die Zeit gekommen, auch überregional aktiv zu werden. „Viele von uns haben es zu etwas gebracht, diesen politischen Schatz muss man heben“, betonte Aiwanger unter dem Beifall der Zuhörer und fuhr fort, man sei auch verantwortlich für das, was man nicht tue.

Goodnews vom 31.08.20

Landtagswahl am 14. März 2021

Hubert Aiwanger eröffnet Landtagswahlkampf in Baden-Baden – Grüne und AfD die politischen Gegner – "Freie Wähler werden auch an Bundestagswahl teilnehmen" – goodnews4-VIDEO-Interview in Geroldsauer Mühle

***Baden-Baden* Vor allem für die CDU könnte es ungemütlich werden, wenn die Freien Wähler, FW, bei der Landtagswahl am 14. März ähnlich erfolgreich sein sollten wie in Bayern, wo sie 2018 fast 12 Prozent der Stimmen erreichten. Das politische Angebot der Freien Wähler wird vor allem auch zu Lasten der Christdemokraten gehen, obwohl Hubert Aiwanger, FW-Bundevorsitzender und Wirtschaftsminister Bayerns im *goodnews4*-VIDEO-Interview vor allem die Grünen und die AfD zum politischen Gegner erklärt.**

Nicht etwa die Freien Wähler Baden-Baden fädelten den landespolitischen Auftritt ein, sondern die Freien Bürger für Baden-Baden, FBB, mit ihrem unkonventionellen Fraktionschef Martin Ernst an der Spitze, der schon vor Wochen in München den badisch-bayerische Coup vorbereitete, der am Samstag den bayerischen Wirtschaftsminister in die Geroldsauer Mühle zum *goodnews4*-VIDEO-Interview und anschließend zur Nominierung von FBB-Stadtrat Tommy Schindler als FW-Landtagskandidat in den Lichtentaler Löwen führte.

Hubert Aiwanger, Freie Wähler-Parteichef, bayerischer Wirtschaftsminister und Stellvertreter von Ministerpräsident Markus Söder, sieht im *goodnews4*-VIDEO-Interview aber durch den Erfolg seiner Freien Wähler kein Zerbröseln der konservativen Mitte: «Nein, die Freien Wähler werden das bürgerliche Lager wieder zusammenführen», glaubt er und sieht in Baden-Württemberg ein noch größeres Potential für die Freien Wähler als in Bayern.

Hubert Aiwanger macht keinen Hehl aus der konkreten Benennung der erklärten politischen Gegner. «Durch die Nichtteilnahme der Freien Wähler bei den letzten Landtagswahlen» hätten die Bürger «krampfhaft nach irgendwelchen Strohhalmen gegriffen haben, teilweise Parteien wie die AfD gewählt», sieht er ein Potential, mit

dem er für die Freien Wähler einen zweistelliges Wahlergebnis erhofft. «Eine Zusammenarbeit mit den Grünen wird sich in der Praxis nicht für nötig erweisen», sieht er optimistisch auf den 14. März, an dem in Baden-Württemberg gewählt wird.

In Richtung des nach Korruptionsvorwürfen und internen Streitereien nur noch kleinen Häuflein der Baden-Badener Freien Wähler lässt Hubert Aiwanger die Tür offen: «Die Freien Bürger waren etwas schneller und haben gesagt: Jawohl, wir unterstützen dieses Projekt Landtagseinzug. Es spricht aber auch nichts dagegen, dass die Freien Wähler hier vor Ort auch noch mitziehen und dann Freie Bürger und Freie Wähler gemeinsam die Freien Wähler in den Landtag tragen.» Zur Landtagswahl tritt der Landesverband der Freien Wähler Baden-Württemberg an, dem die Baden-Badener Freien Wähler nicht angehören. goodnews4.de [berichtete](#).

Abschrift des [goodnews4](http://goodnews4.de)-VIDEO-Interviews mit Hubert Aiwanger, bayerischer Wirtschaftsminister, stellvertretender Ministerpräsident und Bundesvorsitzender Freie Wähler:

goodnews4: Die Parteienlandschaft in Baden-Württemberg veränderte sich 2016 mit dem Einzug der AfD in das Landesparlament. Die CDU verlor die Führungsposition. Werden die Freien Wähler das konservative Lager in Baden-Württemberg weiter zerbröseln?

Hubert Aiwanger: Nein, die Freien Wähler werden das bürgerliche Lager wieder zusammenführen, denn wir sehen ja, dass durch die Nichtteilnahme der Freien Wähler bei den letzten Landtagswahlen ja die Bürger krampfhaft nach irgendwelchen Strohhalmen gegriffen haben, teilweise Parteien wie die AfD gewählt haben, und jetzt sehen wir den Trümmerhaufen im Landesparlament, diese 16 Prozent für die AfD, wenn hier ein Teil zu den Freien Wählern gegangen wäre, dann hätten wir eine pragmatische, konservative Kraft, die zusammenführen kann und die mitregieren kann und nicht nur die Hütte anzündet.

goodnews4: Sollten die Freien Wähler neben den Grünen, CDU, SPD, FDP und AfD in den Landtag einziehen – vielleicht schafft es sogar die Linke – dann wären sechs oder sieben Parteien im Parlament. Für jede dieser Parteien wird es schwer ihre Positionierung den Wählern erkennbar zu machen. Was unterscheidet die Freien Wähler von den politischen Angeboten der anderen Parteien? Was ist das Alleinstellungsmerkmal der Freien Wähler Baden-Württemberg?

Hubert Aiwanger: Die Freien Wähler sind eine bodenständig-bürgerliche Kraft mit gesundem Menschenverstand. Wir tragen nicht Ideologien vor uns her und hetzen Leute aufeinander und machen denen Angst, sondern wir lösen Probleme, wir sind Pragmatiker, wir sind Leute mit beruflichem Hintergrund, die auch gewohnt sind, im Privaten und im Beruflichen Probleme zu lösen. Solche Leute braucht man in der Politik, nicht zunehmend Berufspolitiker, die von klein auf nur Ideologien lernen.

goodnews4: *Sie sind nach Baden-Baden gereist, in die Stadt, die für die Hälfte des Landesnamens Baden-Württemberg steht und auch die politische Historie des Landes wesentlich beeinflusste. Sie regieren in Bayern in einer Koalition an der Seite der CSU und sind Stellvertreter von Markus Söder. Gibt es denn essenzielle Unterschiede in den beiden Ländern?*

Hubert Aiwanger: Nein, ich sehe, dass die Freien Wähler in Baden-Württemberg genauso vernünftig sind wie die bayerischen Freien Wähler und auch das Potential haben, hier ordentlich Stimmen einzufangen. Ich bin der Überzeugung, dass die Freien Wähler dem Land hier genauso gut tun werden ab März nächsten Jahres wie es momentan die Freien Wähler in Bayern für das Bundesland Bayern tun, also wir sind gut für die Politik.

goodnews4: *Sie glauben also, dass das Potential der Freien Wähler in Baden-Württemberg genauso stark, ähnlich stark ist wie in Bayern?*

Hubert Aiwanger: Ich glaube sogar stärker. Wenn die Freien Wähler in Baden-Württemberg es schaffen, sich hinter ein Ziel zu stellen, nämlich in diesen Landtag reinzukommen, dann ist ein zweistelliges Ergebnis durchaus möglich und es wäre gut für das Land und gut für die Demokratie.

goodnews4: *Wären denn die Freien Wähler in Baden-Württemberg neben der CDU auch mit den Grünen koalitionsbereit?*

Hubert Aiwanger: Ich glaube, dass die Freien Wähler zunächst mal die Option reinbringen, überhaupt eine bürgerliche Regierung ohne Grüne wieder möglich zu machen und eine Zusammenarbeit mit den Grünen wird sich in der Praxis nicht für nötig erweisen, denn wenn die Freien Wähler drin sind und die Grünen irgendwo mitregieren wollen, dann werden sich andere Parteien denen billiger anbieten wie wir. Also wenn wir Freien Wähler ins Landesparlament einziehen, erstmal die Chance, dann ohne die Grünen zu regieren.

goodnews4: *Also die Antwort auf die Frage: Nein.*

Hubert Aiwanger: Nein.

goodnews4: *Eine logische Folge des Engagements der Freien Wähler auf Landesebene wäre eine Teilnahme an der Bundestagswahl. Ist das eine Option?*

Hubert Aiwanger: Natürlich. Wir Freien Wähler werden auch an der Bundestagswahl nächstes Jahr teilnehmen und ich hoffe, dass wir auch auf Bundesebene – ob es diesmal schon klappt, ich hoffe es, wenn nicht, dann mittelfristig auch dort Einfluss gewinnen, denn wir sehen, die Leute haben aus Frust AfD gewählt, solche Leute sollten lieber die Freien Wähler wählen, das wäre besser für dieses Land.

goodnews4: *In Baden-Baden haben Sie Unterstützung der FBB, den Freien Bürger für Baden-Baden. Warum konnten Sie die Freien Wähler in Baden-Baden nicht begeistern für die Landespolitik?*

Hubert Aiwanger: Ja, weil vielleicht die Freien Bürger etwas schneller waren und hier gesagt haben: «Jawohl, wir unterstützen dieses Projekt Landtagseinzug.» Es spricht aber auch nichts dagegen, dass die Freien Wähler hier vor Ort auch noch mitziehen und dann Freie Bürger und Freie Wähler gemeinsam die Freien Wähler in den Landtag tragen. Das ist doch ein Ziel für eine zukünftig gute, freie Politik.

goodnews4: *Letzte Frage oder besser ein Angebot. Sie haben 30 Sekunden Zeit, um die Baden-Badener davon zu überzeugen, am 14. März die Freien Wähler zu wählen. Beginnen Sie bitte mit: Liebe Baden-Badenerinnen, liebe Baden-Badener....*

Hubert Aiwanger: Liebe Baden-Badenerinnen, liebe Baden-Badener, ich rufe Sie auf, nächstes Mal die Freien Wähler zu wählen, wir sind die richtige Partei für ihr Land, wir bringen Sie nach vorne.

goodnews4: *Ich bedanke mich für das Interview, Hubert Aiwanger.*

Hubert Aiwanger: Bitte schön.

Das Interview führte Nadja Milke für goodnews4.de.

Goodnews vom 31.08.20

Landtagswahl am 14. März 2021

FBB-Stadtrat Tommy Schindler ist Landtagskandidat der Freien Wähler – Nominierungsversammlung im Löwensaal mit Hubert Aiwanger



Baden-Baden Tommy Schindler wurde am Samstagabend als Kandidat der Freien Wähler für die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14. März 2021 nominiert.

Der Stadtrat der Freien Bürger für Baden-Baden, FBB, ist der erste Landtagskandidat, der in den Wahlkreis Baden-Baden für die Freien Wähler antritt. [goodnews4-VIDEO-Interview mit Tommy Schindler.](#)

Die Freien Wähler in Baden-Baden gehören nicht dem Landesverband der Freien Wähler an, der bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg antritt. Diese Konstellation führte zur Zusammenarbeit des Landesverbandes der Freien Wähler mit Martin Ernst und seiner FBB.

Martin Ernst hielt zu Beginn der Nominierungsveranstaltung die Begrüßungsrede. Für die rund 80 anwesenden Mitglieder der Freien Wähler und der Freien Bürger für Baden-Baden. Prominenter Gast der Veranstaltung war Hubert Aiwanger, Bayerischer Wirtschaftsminister und Bundesvorsitzender der Freien Wähler. [goodnews4-VIDEO-Interview mit Hubert Aiwanger.](#) Auch Klaus Wirthwein, Vorsitzender der Freie Wähler Landesvereinigung Baden-Württemberg, war in den Löwensaal nach Lichtental gekommen. Als Ersatzkandidatin wurde am Samstag die Hauenebersteiner Ortschaftsrätin der Freien Bürger für Baden-Baden, Nicole Bächler, nominiert.

Heidenheimer Zeitung vom 31.08.20

Freie Wähler - Bonsai oder deutsche Eiche



Hubert Aiwanger stimmte die Parteikollegen in Baden-Baden auf die Wahl 2021 ein.

© Foto: Foto: Roland Muschel

Baden-Baden / Von Roland Muschel 31.08.2020 Nach bayerischem Vorbild will die Partei Freie Wähler 2021 in den Stuttgarter Landtag einziehen – gegen Widerstand des namensgleichen Vereins. Von Roland Muschel

Die Nominierungsversammlung ist offiziell beendet, als Hubert Aiwanger am Samstagabend nochmal selbst Hand anlegt. Das Rednerpult schiebt der bayerische Vize-Ministerpräsident und Wirtschaftsminister tatkräftig zur Seite. Auf der holzvertäfelten Bühne des Löwensaals soll Platz sein für ein Foto mit dem frisch gekürten Kandidaten der Freien Wähler für den Landtagswahlkreis 33, Baden-Baden, Tommy Schindler, und weiteren Mitstreitern.

Aiwanger, 49, dunkler Anzug, gestreifte Krawatte, bayerischer Zungenschlag, ist als Bundesvorsitzender Kopf und Motor der Partei Freie Wähler, und Schindler, 63, ein Kandidat, der bestens ins Konzept des charismatischen Niederbayern passt: Mit seiner Vita verkörpert Schindler das Selbstbild der bodenständigen, bürgernahen „Partei der Mitte“, mit dem sie im März 2021 auch in Baden-Württemberg punkten will: Polizist im Ruhestand, Stadtrat, örtlicher Faschingspräsident. Ziel müsse es sein, auch im Stuttgarter Landtag „mehr gesunden Menschenverstand einfließen zu lassen“, hat Aiwanger vor der Nominierung die 80 Zuhörer im unter den Corona-Bedingungen vollen Saal des Gasthauses „Goldener Löwe“ auf das Ziel eingeschworen, die Freien Wähler auch im Südwesten in eine höhere Liga zu hieven. „Ich wette, dass es für dieses Land besser wäre, wenn es anstelle von 15 Prozent AfD zehn Prozent Freie Wähler gäbe.“

In Bayern ist Aiwanger ein Riese, seine Freien Wähler hat er 2018 mit 11,6 Prozent als Juniorpartner der CSU in die bayerische Landesregierung geführt. Für seinen bundespolitischen Ehrgeiz aber fehlt ihm eine weitere zentrale Größe: Baden-Württemberg. In keinem anderen Bundesland sind freie Wählervereinigungen bei Gemeinderatswahlen erfolgreicher, 2019 verteidigten sie mit im Schnitt 31 Prozent ihre Position als stärkste kommunale Kraft. Allein: Der Landesverband der Freien Wähler, ein Verein, dem tausende Gemeinde- und Kreisräte formal angehören, will mit der gleichnamigen Partei nichts zu tun haben. Das Prinzip, rein kommunal zu arbeiten, hat der Landesvorsitzende und Renninger Bürgermeister Wolfgang Faißt gerade erneut zum Markenkern erklärt. In der CDU haben sie das mit Wohlgefallen registriert.

Ziel: zweistelliges Ergebnis

Dass die Fronten bröckeln, zeigt indes der Abend in Baden-Baden: Von den 80 Besuchern, die Aiwanger gebannt zuhören, gehören fast alle einer Freien-Wähler-Gruppierung an, stimmberechtigt und damit Mitglied der Freien-Wähler-Partei sind aber nur zehn. Man werde in allen 70 Wahlkreisen antreten, sagt Landesparteichef Klaus Wirthwein, der die Parole „70 für sieben“ ausgegeben hat: Jeder Kandidat soll sieben Prozent holen, dann reicht es beim baden-württembergischen Einstimmen-Wahlrecht locker für den Einzug in den Landtag. Bei der Europawahl 2019 habe man im Südwesten bereits 3,2 Prozent geholt, mehr als die Linkspartei.

„Herr Faißt will uns zu Bonsai-Gewächsen degradieren. Wir haben aber das Potenzial, dass wir zur großen deutschen Eiche wachsen können“, feuert Martin Ernst, Ratsfraktionschef der Liste Freie Bürger für Baden-Baden, im Löwensaal eine Salve Richtung Renningen ab. Wenn es keine „Heckenschützen“ in den eigenen Reihe gebe, „dann sind wir mit einem zweistelligen Ergebnis dabei“, ruft auch Aiwanger die Zuhörer auf, den „großen Schatz“ zu heben und die kommunalpolitischen Erfolge auf die Landesebene zu übertragen.

Der Freiburger Politikwissenschaftler Ulrich Eith sieht das kritisch. „Die Partei versucht, auf der Reputation der kommunalpolitischen Vereinigung zu surfen und deren Reputation auf ihre parteipolitischen Mühlen zu lenken“, sagt Eith am Telefon. Im kommunalen Bereich hätten sich die Freien Wähler den Ruf einer pragmatischen Politik erarbeitet. „Aber überregional stellt sich die Frage: Wofür steht diese Partei?“ Nur auf den angeblich gesunden Menschenverstand zu verweisen, sei „ein bisschen wenig“, um den Wählern Orientierung zu geben, findet Eith. Bis jetzt, sagt der Politologe, sehe er „keine Anzeichen, dass die Partei in Baden-Württemberg Fuß fassen kann“.

Das sehen Aiwanger und seine Mitstreiter im Südwesten, die im Wahlkampf für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9), Bürokratieabbau, den Ausbau des ÖPNV und die schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber kämpfen wollen, anders. „Ich bin überzeugt, dass wir in Baden-Württemberg ein noch größeres Potenzial als in Bayern haben“, sagt Aiwanger am Nachmittag beim Gespräch in einem Baden-Badener Biergarten. „Die CSU ist im bürgerlichen Lager präsenter als es die Südwest-CDU ist, und der AfD-Chaoshaufen in Baden-Württemberg hat den bürgerlichen Protestwählern gezeigt, dass Stimmen für diese Partei verlorene Stimmen sind.“

Kommunale Größe in Süddeutschland

Kommunale Wählergemeinschaften sind traditionell im Süden Deutschlands stark verbreitet. Sie haben auf Landes- wie auf Bundesebene Interessenvertretungen, die als bloße Verbände aber nicht an Landtags- oder Bundestagswahlen teilnehmen können. Viele Mitglieder sehen die Beschränkung auf die Kommunalpolitik ohnehin als essenziell an – aber längst nicht alle.

Die Partei Freie Wähler entstand aus der Mitte des Bundesverbands. Ihre größten Erfolge feiert sie bislang in Bayern, wo sie unter Führung von Hubert Aiwanger 2008 erstmals in den Landtag einzog und seit 2018 mit der CSU regiert. Sie peilt auch den Bundestag an.

Landtagswahl 2021 BW Freie Wähler drängen in den Landtag

Nach bayerischem Vorbild will die Partei Freie Wähler 2021 in den Stuttgarter Landtag einziehen – gegen Widerstand des namensgleichen Vereins.



Hubert Aiwanger stimmte die Parteikollegen in Baden-Baden auf die Wahl 2021 ein.

Die **Nominierungsversammlung** ist offiziell beendet, als **Hubert Aiwanger** am Samstagabend nochmal selbst Hand anlegt. Das Rednerpult schiebt der **bayerische Vize-Ministerpräsident** und Wirtschaftsminister tatkräftig zur Seite. Auf der holzvertäfelten Bühne des Löwensaals soll Platz sein für ein Foto mit dem frisch gekürten Kandidaten der Freien Wähler für den Landtagswahlkreis 33, Baden-Baden, **Tommy Schindler**, und weiteren Mitstreitern.

Passende Vita für Landtagswahl

Aiwanger, 49, dunkler Anzug, gestreifte Krawatte, bayerischer Zungenschlag, ist als **Bundesvorsitzender** Kopf und Motor der Partei Freie Wähler, und Schindler, 63, ein Kandidat, der bestens ins Konzept des charismatischen Niederbayern passt: Mit seiner Vita verkörpert Schindler das Selbstbild der bodenständigen, bürgernahen „**Partei der Mitte**“, mit dem sie im März 2021 auch in Baden-Württemberg punkten will: Polizist im Ruhestand, Stadtrat, örtlicher Faschingspräsident. Ziel müsse es sein, auch im **Stuttgarter Landtag** „mehr gesunden Menschenverstand einfließen zu lassen“, hat Aiwanger vor der Nominierung die 80 Zuhörer im unter den **Corona-Bedingungen** vollen Saal des Gasthauses „**Goldener Löwe**“ auf das Ziel eingeschworen, die Freien Wähler auch

im Südwesten in eine höhere Liga zu hieven. „Ich wette, dass es für dieses Land besser wäre, wenn es anstelle von 15 Prozent AfD **zehn Prozent Freie Wähler** gäbe.“

In Bayern ist Aiwanger ein **Riese**, seine Freien Wähler hat er 2018 mit 11,6 Prozent **als Juniorpartner der CSU** in die bayerische Landesregierung geführt. Für seinen bundespolitischen Ehrgeiz aber fehlt ihm eine weitere zentrale Größe: Baden-Württemberg. In keinem anderen Bundesland sind freie Wählervereinigungen bei **Gemeinderatswahlen** erfolgreicher, 2019 verteidigten sie mit im Schnitt 31 Prozent ihre Position als **stärkste kommunale Kraft**. Allein: Der **Landesverband** der Freien Wähler, ein Verein, dem tausende Gemeinde- und Kreisräte formal angehören, will mit der **gleichnamigen Partei** nichts zu tun haben. Das Prinzip, rein kommunal zu arbeiten, hat der Landesvorsitzende und Renninger Bürgermeister **Wolfgang Faißt** gerade erneut zum Markenkern erklärt. In der CDU haben sie das mit Wohlgefallen registriert.

Ziel für Landtagswahl: zweistellig

Dass die Fronten bröckeln, zeigt indes der Abend in **Baden-Baden**: Von den 80 Besuchern, die Aiwanger gebannt zuhören, gehören fast alle einer Freien-Wähler-Gruppierung an, stimmberechtigt und damit Mitglied der Freien-Wähler-Partei sind aber nur zehn. Man werde in allen **70 Wahlkreisen** antreten, sagt Landesparteichef **Klaus Wirthwein**, der die Parole „70 für sieben“ ausgegeben hat: Jeder Kandidat soll sieben Prozent holen, dann reicht es beim baden-württembergischen **Einstimmen-Wahlrecht** locker für den Einzug in den Landtag. Bei der **Europawahl** 2019 habe man im Südwesten bereits 3,2 Prozent geholt, mehr als die Linkspartei.

„Herr Faißt will uns zu **Bonsai-Gewächsen** degradieren. Wir haben aber das Potenzial, dass wir zur **großen deutschen Eiche** wachsen können“, feuert Martin Ernst, Ratsfraktionschef der Liste Freie Bürger für Baden-Baden, im Löwensaal eine Salve Richtung Renningen ab. Wenn es keine „**Heckenschützen**“ in den eigenen Reihe gebe, „dann sind wir mit einem **zweistelligen Ergebnis** dabei“, ruft auch Aiwanger die Zuhörer auf, den „großen Schatz“ zu heben und die kommunalpolitischen Erfolge auf die Landesebene zu übertragen.

Der **Freiburger Politikwissenschaftler Ulrich Eith** sieht das kritisch. „Die Partei versucht, auf der Reputation der kommunalpolitischen Vereinigung zu surfen und deren Reputation auf ihre parteipolitischen Mühlen zu lenken“, sagt Eith am Telefon. Im kommunalen Bereich hätten sich die Freien Wähler den Ruf einer **pragmatischen Politik** erarbeitet. „Aber überregional stellt sich die Frage: Wofür steht diese Partei?“ Nur auf den angeblich **gesunden Menschenverstand** zu verweisen, sei „ein bisschen wenig“, um den Wählern **Orientierung** zu geben, findet Eith. Bis jetzt, sagt der Politologe, sehe er „keine Anzeichen, dass die Partei in Baden-Württemberg Fuß fassen kann“.

„Großes Potenzial“ für Landtagswahl

Das sehen Aiwanger und seine Mitstreiter im Südwesten, die im **Wahlkampf** für die **Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9)**, **Bürokratieabbau**, den **Ausbau des ÖPNV** und die **schnellere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber** kämpfen wollen, anders. „Ich bin überzeugt, dass wir in Baden-Württemberg **ein noch größeres Potenzial als in Bayern** haben“, sagt Aiwanger am Nachmittag beim Gespräch in einem Baden-Badener Biergarten. „Die CSU ist im bürgerlichen Lager präsenter als es die Südwest-CDU ist, und der **AfD-Chaoshaufen** in Baden-Württemberg hat den bürgerlichen Protestwählern gezeigt, dass Stimmen für diese Partei verlorene Stimmen sind.“

Kommunale Größe in Süddeutschland

Kommunale Wählergemeinschaften sind traditionell im Süden Deutschlands stark verbreitet. Sie haben auf Landes- wie auf Bundesebene Interessenvertretungen, die als bloße Verbände aber nicht an Landtags- oder Bundestagswahlen teilnehmen können. Viele Mitglieder sehen die Beschränkung auf die Kommunalpolitik ohnehin als essenziell an – aber längst nicht alle.

Die Partei Freie Wähler entstand aus der Mitte des Bundesverbands. Ihre größten Erfolge feiert sie bislang in Bayern, wo sie unter Führung von Hubert Aiwanger 2008 erstmals in den Landtag einzog und seit 2018 mit der CSU regiert. Sie peilt auch den Bundestag an.